

Kann das noch Zufall sein?

Wie die Welt sich doch ändern kann: Vor einem Jahr wedeln Demonstranten auf der Mittelmeerpromenade von Bengasi aus vollem Herzen mit US-Flaggen ... Am 11. September 2012 stirbt der amerikanische Botschafter in Libyen bei einem Terrorangriff bewaffneter Fanatiker. Der Traum im Westen, der "Arabische Frühling" hätte einen "demokratischen Aufbruch" eingeleitet, und damit historische Gräben zwischen Orient und Okzident überwunden, weicht immer mehr einer furchtbaren Ahnung: Der Befürchtung, mitten in einem Kulturkampf zu sein. Aber dies ist noch nicht alles: Es muss die Frage gestellt werden, ob dieser Prozess nicht gewollt, ja vielleicht sogar notwendig ist.

Kairo, 4. Juni 2009: US-Präsident Obama hält seine "Grundsatzrede an die islamische Welt". Er attestiert eine *"Zeit großer Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Muslimen überall auf der Welt ... Spannungen, die in historischen Kräften verwurzelt sind, die über jede gegenwärtige politische Debatte hinausgehen."* Das Angebot: *"Ich bin nach Kairo gekommen, um einen Neuanfang zwischen den Vereinigten Staaten und den Muslimen überall auf der Welt zu beginnen."* Anderthalb Jahre später: Aufruhr in Ägypten – Präsident Mubarak muss nach fast 30 Jahren von der Macht lassen. Eine Zeitenwende. Aber von wem ging sie aus? Eine vor-revolutionäre Phase fehlte. Alles begann unvermittelt am 25.01.2011 mit einer über das Netz organisierten Demonstration auf dem *"Tahrir"*-Platz. Der *"Tag des Zorns"* vom 28. Januar 2011 stellt den eigentlichen Umsturz dar: Aus unbekanntem Gründen verließen Polizisten landesweit ihre Posten, wurden Gefängnistore geöffnet und öffentliche Gebäude in Brand gesetzt. Doch darüber wird heute nicht mehr gesprochen. Der Gewinner: Das Militär. Mit großer Sympathie aus dem Volke gab es über Nacht eine Rechtfertigung für den Einsatz der Panzer in den Straßen. Auf Mubaraks Ausgangssperre hörte schon niemand mehr – und übrig blieb dem Langzeit-Herrscher für die folgenden 11 Tage nur noch die Ernennung eines Vizepräsidenten. Sinn und Zweck: Verhandlungen mit den Moslemländern.

- Wird der politische Islam sich selbst widerlegen? -

Die regieren mittlerweile am Nil. Und nicht nur das: Konservative und Extremisten stehen nun, anders als früher, in einem offenen Konflikt. Die Salafisten des neuen Parlaments (27,8 %) lehnen den moderaten Scharia-Kurs von Präsident Mursi ab, der gleichzeitig in militärische Auseinandersetzungen mit militanten Islamisten auf dem Sinai verwickelt ist.

Es gibt allzu vieles, was zum Thema "Arabischer Frühling" bis zuletzt ungeschrieben geblieben ist:

1.) Die Abhängigkeit der Armeen Tunesiens und Ägyptens von den USA zum Beispiel – ohne deren Zustimmung es wohl kaum zu den abrupten Umbrüchen gekommen wäre.

2.) Dass in Libyen die Vertreter der östlichen Familienstämme die Entscheidung trafen, sich von Gaddafi loszusagen – und erst anschließend Demonstranten auf die Straße gingen. Die Zeiten der *"Takiya"* gemäß Sure 16, Vers 106 im Koran sind vorbei: Wer dem Traum vom weltweiten Gottesstaat anhängt, kann dies nun offen bekunden – und macht sich damit gleichzeitig angreifbar.

3.) Der Strom an Waffen und Kriegern aus Libyen gilt auch als Ausgangspunkt für den Umsturz in Mali im Frühjahr 2012: Vereint kämpften Islamisten und Tuareg-Krieger gegen die Zentralregierung von Bamako. Erst die Absetzung Präsident Tourés durch die eigenen Truppen wird ihnen den Durchbruch bringen: Während die Armee aus freien Stücken in die Hauptstadt einrückt, ziehen die Aufständischen einfach nach. Im Norden gibt es seitdem den Scharia-Staat Azawad – und einen offenen Krieg zwischen den zuvor verbündeten Rebellen. Warum stellt niemand die Frage, aus welchem Grund die Ex-Kolonialmacht Frankreich anders als in ähnlichen Fällen diesmal nicht intervenierte?

4.) Auch im Jemen hatte der 34 Jahre regierende Ali Abdullah Saleh nach übereinstimmenden Berichten zahlreiche Gebiete zugunsten islamistischer Rebellen geräumt, die sich im Zuge der Revolution nach vorne wagten. Nach seiner Reise ins amerikanische Exil haben sich die Bewertungsmaßstäbe freilich geändert: Was zuvor noch "Niederschlagung eines Volksaufstandes" war, gilt für die neue Regierung (mit verstärkter US-Hilfe) nunmehr wieder als "Kampf gegen den Terror".

Festzuhalten bleibt, dass sich die westliche Politik von den eher säkularen Modellen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Mali – nach offiziellen Verlautbarungen auch im Falle Syriens – verabschiedet hat. Die islamischen Monarchien Marokkos, Jordaniens und vor allem am Golf haben den Sturm dagegen überstanden. Damit wäre man fürs erste zentralen Forderungen der islamischen Erweckungsbewegung entgegen gekommen. Nicht ohne Grund spricht der Volksmund: Umarme, was Du nicht bekämpfen kannst. Dass sich die Vertreter des politischen Islams nun gegenseitig um den rechten Weg streiten, dürfte in diesem Sinne nicht schaden. O-Ton Obama: *"Je eher die Extremisten isoliert und aus muslimischen Gesellschaften vertrieben werden, desto schneller werden wir alle sicherer sein."* Zum Vorgehen fügte er ein Zitat seines Vorgängers Thomas Jefferson ein: *"Ich hoffe, dass unsere Weisheit mit unserer Macht wachsen und uns lehren wird: Je weniger wir unsere Macht einsetzen, desto größer wird sie sein."* Und unter Umständen wächst ja auch irgendwann eine Erkenntnis beim bislang starrsinnigen Gegner: Gottes Gunst ist unergründlich. Religion und Politik zweierlei.

Aus Afghanistan ist indes zu hören, dass die "arabischen Kampfgefährten" nach Jahren des hoffnungslosen Krieges nicht mehr so willkommen seien, wie noch vor der westlichen Intervention. Die Taliban-Bewegung sei mittlerweile, losgelöst von der globalistischen "Al-Kaida"-Ideologie, zu einer "nationalen Befreiungsbewegung" mutiert. Nicht ohne Grund gibt es inzwischen eine Verhandlungsgrundlage für die NATO, die ihren Abzug vom Hindukusch plant.

- Westliche Freiheit und arabischer Islamismus unvereinbar -

In Europa mag man von einem "Kampf der Kulturen" nichts hören. Hier leben unerschütterlich Karl Marx und sein historischer Materialismus fort. Konflikte werden als Umverteilungsproblem zwischen Arm und Reich definiert. Warum dann ausgerechnet ein saudischer Multimillionär namens Osama bin Laden in die Berge Afghanistans zog, bleibt unbeantwortet.

Für den einflussreichen US-Publizisten Daniel Pipes war die Sache dagegen schon vor dem 11. September 2001 klar: *"Aus unserer Perspektive ist am wichtigsten, dass Traditionalisten den Westen fürchten, während Islamisten begierig sind ihn herauszufordern."* Wie auch immer man die Jenseits-orientierten Kämpfer Allahs nennen mag – Dschihadisten, Salafisten, Islamisten ... Eines eint sie: Mit irdischen Gütern werden sie sich nicht zufrieden stellen lassen. Siegen oder sterben. *"Wenn Ihr den Tod so liebt, dann könnt Ihr ihn haben"* – die klare Antwort stammt von keinem Geringeren als dem SPD-Innenminister Otto Schily am 29.06.2004.

Zurück zum selbst Erlebten. Eines ist der Salafistengruppe in Nord-Syrien, in deren Gefangenschaft ich mich befinden durfte, zugute zu halten: Sie haben eine unverschleierte Sicht auf die Welt dargelegt. Dass die Vetomächte im "Weltsicherheitsrat" am gleichen Strang zögen, wenn es um die islamische Welt gehe. Im Falle Libyens, wie Syriens. Probleme mit den "Heiligen Kriegerern" haben die Russen im Kaukasus – und die Chinesen in den Uigurengebieten. Dass diese nun aus aller Herren Länder nach Syrien strömen – Libyer nach unbestätigten Berichten sogar mit Hilfe westlicher Dienste – kann allen Beteiligten vielleicht nur recht sein. Die letzten Worte der Gotteskrieger: *"Du wirst sehen: Der Westen wird kommen. Nicht wegen Assad – sondern wegen uns."*